

IKK SÜDWEST



POSITIONSPAPIER ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren,

Patienten und Versicherte müssen auch in der neuen Legislaturperiode noch stärker in den Fokus gerückt werden.

Für die Gemeinschaft der Innungskrankenkassen veröffentlichte bereits der IKK e. V., als Interessenvertretung aller Innungskrankenkassen, entsprechende Positionen, um die Standpunkte und Relevanz von Kernthemen im Bereich der Gesundheitsversorgung anlässlich der kommenden Bundestagswahl zu verdeutlichen.

Als regionale Krankenkasse stellen wir auf den folgenden Seiten dar, welche Positionen uns im Südwesten am Herzen liegen.

Das Jahr 2020 und die Corona-Pandemie haben unser Gesundheitssystem teilweise vor ganz besondere und noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Gemessen an Hospitalisierungs-, Fall- und Morbiditätszahlen konnten die Menschen aber erkennen, dass das deutsche Gesundheitswesen auch in Stresssituationen und in Zeiten höchster Beanspruchung zu den besten und effektivsten der Welt gehört und allen Bevölkerungsgruppen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gewährleistet wird – hier leisten die Partner im Gesundheitswesen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland tagtäglich einen gleichermaßen beispiellosen wie unverzichtbaren gesamtgesellschaftlichen Beitrag. Auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wurden zeitnah und unmittelbar wichtige Entscheidungen getroffen, damit die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nicht zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung

fürten. Konkret konnte die IKK Südwest gemeinsam mit allen Krankenkassen dabei in zentralen Bereichen der Gesundheitsversorgung kurzfristig und sektorenübergreifend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die u. a. durch Mehrbelastungen wegen der Behandlung von COVID-19-Patienten und Zahlungsausfällen durch abgesagte Behandlungstermine und ausbleibende Operationen dringend notwendig wurden. Auch hat die GKV, u. a. mit der Ausweitung der Corona-Testkapazitäten auf Menschen ohne Symptome, gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen. Um diesen Stresstest auch weiterhin erfolgreich zu bestehen, ist es unabdingbar – weiterhin und noch besser – solide Grundlagen zu schaffen, die die medizinische und pflegerische Versorgung verbessern und die Finanzierung sicherstellen.

Das Wohl und die Sicherheit unserer Versicherten und Patienten müssen dabei im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Das Gesundheitssystem muss dafür noch zentrierter auf den Patienten ausgerichtet werden, sodass dieser im Behandlungsprozess noch intensiver begleitet wird und dadurch noch selbstbestimmter an seiner persönlichen Gesundheit teilhaben kann. Dafür setzen wir uns ein und hierfür ist weiterhin viel zu tun.

Es grüßen Sie herzlich,

Prof. Dr. Jörg Loth Daniel Schilling
Vorstand IKK Südwest

1.

SOZIALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN FÜR EINE WEITERHIN SOLIDARISCHE UND FINANZIERBARE GESUNDHEITSVERSORGUNG



/// Auch in der Pandemie hat die Selbstverwaltung schnelle und patientennahe Entscheidungen getroffen. Die IKK Südwest setzt sich weiterhin für eine starke Stimme der Beitragszahler durch die Versicherten- und Arbeitgebervertreter ein.

Verwaltungsratsvorsitzende Rainer Lunk und Ralf Reinstädler



- + Dies wird sichtbar durch unser Bekenntnis zur Region sowie die persönliche und verbindliche Beratung in den 21 Kunden-centern als Treiber unseres Handelns.
- + Wir setzen uns weiterhin für einen Qualitätswettbewerb anstatt eines Preiswettbewerbes ein.
- + Die Transparenz im Leistungsgeschehen wird entsprechend in den Ausschüssen der Selbstverwaltung sowie bei der stetigen Veröffentlichung der Kennzahlen zu Widersprüchen und Beschwerden gelebt und sollte verbindlich und einheitlich für alle Krankenkassen geregelt werden.



SOZIALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN FÜR EINE WEITERHIN SOLIDARISCHE UND FINANZIERBARE GESUNDHEITSVERSORGUNG

- + Die Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung als verfassungsmäßiges Element der Sozialversicherung muss durch die Politik gestärkt werden und in der Gesellschaft den entsprechenden Stellenwert erhalten.
- + Dies gilt auch für die Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung und für eine faire und gerechte Beitragsgestaltung. Um den Beitragssatz zu stabilisieren, sind mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) wichtige Maßnahmen angestoßen, diese reichen aber bei Weitem nicht aus.
- + Zusätzliche Steuerzuschüsse sind daher unabdingbar, um unsere Versicherten nicht weiter zu belasten, sondern zu entlasten.





2.

DAS DUALE SYSTEM ERHALTEN, GLEICHBEHANDLUNG SCHAFFEN.



// Der Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist ein Garant für die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems. Eine hohe Versorgungsqualität entsteht aber nur dann, wenn Versicherte beider Bereiche gleich behandelt werden.

Vorsitzende des Ausschusses Grundsatzfragen und Gesundheitspolitik
Claus Weyers und Lars Desgranges



- + Das duale System und der damit verbundene Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung gilt es weiter zu stärken.
- + Im Zuge dieses solidarischen Wettbewerbs darf es allerdings nicht zu einer Benachteiligung von Patienten kommen, sondern es müssen faire Bedingungen herrschen, die sich neben strukturellen Fragen der Finanzierung insbesondere auch auf die Gleichbehandlung der Versicherten beider Kassenarten beziehen.
- + Daher ist es wichtig, einen gleichberechtigten Zugang zu (Fach-)Arztterminen zu gewährleisten und unnötige Wartezeiten für gesetzlich versicherte Patienten zu vermeiden. Nur so kann die Versorgungsqualität im Sinne der Versicherten gewährleistet werden.

DAS DUALE SYSTEM ERHALTEN, GLEICHBEHANDLUNG SCHAFFEN.

- + Das betrifft auch den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung: Für einen gleichberechtigten Zugang aller Patienten und die gleichzeitige Reduzierung von Wartezeiten muss in Zukunft ein fester Teil an Behandlungsplätzen ausschließlich durch die Terminservicestellen vergeben werden.
- + Nur dann, wenn es keine Ungleichbehandlung gibt, ist der Kassenwettbewerb – und damit das duale System – zukunftsorientiert und leistet als solches weiterhin einen wesentlichen Beitrag für unser gutes Gesundheitssystem.





PRÄVENTION, GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PATIENTENSICHERHEIT ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE



/// Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die wichtiger denn je ist. Die Ziele und Vorhaben des gemeinsamen Handelns für unsere Gesundheit sind verbindlich für alle Akteure im Gesundheitswesen zu regeln.

Vorstand Prof. Dr. Jörg Loth



- + Die Zahl der Neuerkrankungen im Bereich vermeidbarer Zivilisationskrankheiten nimmt immer stärker zu. Mehr als 80 % der Krankheitslast in der Bevölkerung geht auf entsprechende Krankheitsbilder zurück. Neben all den jetzt zwingend notwendigen Pandemiemaßnahmen darf dies für die künftige Gestaltung des Gesundheitswesens nicht aus dem Blick geraten.
- + Mehr Prävention heißt auch mehr Gesundheitsschutz für die Bevölkerung – auch in Krisenzeiten: Sie ist die wirksamste Methode, sich vor vermeidbaren Zivilisationskrankheiten zu schützen.
- + Es ist nicht zielführend, diese Maßnahmen mit der Gießkanne zu verteilen. Prävention muss so niedrigschwellig und individuell wie möglich gestaltet werden. Auch müssen Angebote stärker miteinander vernetzt werden, um so auch bildungsfernere Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen.

PRÄVENTION, GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PATIENTENSICHERHEIT ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

- ⊕ Die Corona-Pandemie zeigt: Krank werden ist keine Frage des Alters, auch jüngere Generationen müssen sich wirksam vor schweren Krankheitsverläufen und vermeidbaren Zivilisationskrankheiten schützen. Die Grundlagen müssen in allen Lebensbereichen gelegt werden. So muss Prävention auch im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) noch stärker und verbindlicher geregelt werden.
- ⊕ Die IKK Südwest setzt sich daher für ein „Gesundheitsschutzgesetz“ ein, das – ähnlich wie ein Klimaschutzgesetz – für alle Gesundheitspartner verbindliche Regelungen und (Gesundheits-)Ziele formuliert.
- ⊕ Zu diesen Zielen gehören:
 - Reduktion der Inzidenz von vermeidbaren Zivilisationskrankheiten.
 - Ein „gut gebildeter“ Patient, der selbstbestimmt durch den Behandlungsprozess gehen kann.
 - Das Erreichen dieser Ziele bedingt in hohem Maße, dass auch die Patientensicherheit weiter gestärkt wird.
 - Durch eine Stärkung lokaler Bündnisse können bedarfsgerechte Maßnahmen zur Verbesserung der Patientensicherheit besser identifiziert und passgenauer umgesetzt werden.
 - Um die Selbstbestimmung des Patienten im Sinne der Patientensicherheit weiter zu verbessern, muss „Gesundheit“ und Gesundheitsinformation auch digital noch transparenter werden.



DIGITALISIERUNG IM SINNE DER PATIENTEN WEITER VORANTREIBEN



/// Erfreulich ist, dass Patienten von der fortschreitenden Digitalisierung profitieren, die durch die Pandemie nochmals einen Schub bekommen hat. Digitale Workflows wurden im Gesundheitswesen schnell vorangetrieben – notwendige Entscheidungen über die Selbstverwaltung zügig abgewickelt.

Vorstand Daniel Schilling



- + Die Chancen der Digitalisierung gilt es aktiv zu nutzen, um sowohl die Kommunikationswege von und zu Kunden noch individueller an den jeweiligen Bedürfnissen auszurichten als auch die Gesundheitsversorgung der Versicherten nutzenorientiert, qualitätsbasiert und wirtschaftlich zu gestalten. Essenziell ist es daher, die wichtige und notwendige digitale Weiterentwicklung immer in den direkten Bezug zur Kundenwahrnehmung zu setzen und dabei sinnvolle und spürbare Mehrwerte zu schaffen.
- + Das Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) regelt, dass digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) von den Krankenkassen zu erstatten sind, sofern sie zuvor von einem Arzt verordnet wurden. Voraussetzung einer Erstattung ist ein nachgewiesener Versorgungseffekt der jeweiligen App. Entscheidend muss dabei aber stets der Nachweis eines medizinischen und strukturverbessernden Nutzens sein.

DIGITALISIERUNG IM SINNE DER PATIENTEN WEITER VORANTREIBEN

- + Um Versorgungsinnovationen schneller und einfacher für Patienten zugänglich zu machen, engagiert sich die IKK Südwest darüber hinaus federführend mit einer Initiative des IKK-Systems für die Schaffung einer einheitlichen, zentralen Online-Datenbank von Selektivverträgen.
- + Zudem ist es wichtig, als Krankenkasse sichere und einfache Lösungen zum Dokumententransfer zur Verfügung zu stellen und persönlich auf allen (digitalen) Kanälen erreichbar zu sein! Wir setzen uns aus diesem Grund für einen einheitlichen Handlungsrahmen in der GKV im Bereich Digitalisierung ein, um Versorgungsqualität und Wirtschaftlichkeit im Sinne der Patienten auch digital zu etablieren und auszubauen – Kernbereiche sollten deshalb in der Verantwortung der Krankenkassen und deren Selbstverwaltung bleiben.





DIE SELBSTVERWALTUNG DER IKK SÜDWEST

Die IKK Südwest ist eine der führenden Krankenkassen für das Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen mit Hauptverwaltungen in Mainz und Saarbrücken.

Das höchste Organ der Selbstverwaltung ist der Verwaltungsrat, der aus 28 engagierten Mitgliedern besteht.

Der Verwaltungsrat hat zwei Vorsitzende, die jährlich alternieren. Auf Arbeitgeberseite steht dem Verwaltungsrat Rainer Lunk vor, auf Versichertenseite hat Ralf Reinstädler den Vorsitz inne.

Die Selbstverwaltung der IKK Südwest agiert, wie bei allen Sozialversicherungsträgern, als demokratisches Verwaltungsorgan. Das Selbstverwaltungsprinzip als Grundlage der Sozialversicherung in Deutschland gewährleistet die organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit vom Staat. Die gewählten Vertreter, die sich paritätisch aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zusammensetzen, entscheiden für die Beitragszahler: Das ehrenamtlich besetzte Verwaltungsorgan hat die zentrale Aufgabe, für einen verantwortungsvollen und effizienten Einsatz der Beitragsgelder zu sorgen und hierbei stets die Interessen der Arbeitgeber und Versicherten zu wahren. Als Interessenvertretung treffen die ehrenamtlichen Mitglieder demnach wichtige Entscheidungen in den Bereichen Organisation, Finanzen und Personal.

Zu den Grundsätzen und Zielen des Verwaltungsrates der IKK Südwest zählen:

- + Die IKK Südwest wird die Gesundheitsversorgung in der Region zum Wohle der Versicherten aktiv gestalten. Dabei ist das Recht auf Selbstverwaltung auch eine Verpflichtung und nimmt eine bedeutende Rolle ein – dies gilt es weiter zu stärken und nicht durch zu enge gesetzgeberische oder aufsichtsrechtliche Maßnahmen einzuschränken.
- + Basis unseres Handelns bleibt die gute und bewährte Tradition als Krankenversicherung aus dem Handwerk und aus dem Mittelstand. Wir bekennen uns in der IKK Südwest zur Herkunft aus der Region, denken und handeln individuell, regional und qualitätsorientiert. Wir sind stets verlässlicher Partner an der Seite von Arbeitgeber und –nehmer getreu unseres Markenversprechens regional – persönlich – einfach.
- + Im Fokus steht dabei ein vorausschauendes Handeln – stets im Sinne des Beitragszahlers – um auch in Zukunft bestmögliche Leistungen zu einem fairen Beitragssatz bieten zu können.
- + Dabei fördern wir Versorgungsinnovationen, um den Versicherten auf Wunsch individuelle und zielgerichtete Behandlungen sowie bedarfsgerechte Versorgungsmaßnahmen zu ermöglichen. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Versicherten mit digitalen Anwendungen wie der elektronischen Patientenakte aktiv im Hinblick auf deren Patientensicherheit und -souveränität.
- + Im Interesse der Versichertengemeinschaft bezieht der Verwaltungsrat der IKK Südwest auch zu gesundheits- und sozialpolitischen Diskussionen Stellung und hat dabei fortlaufend die Bedarfe in der Region im Fokus.

IMPRESSUM

Herausgeber:

IKK Südwest

Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung gem. § 4 Abs. 1 SGB V

Europaallee 3 – 4

66113 Saarbrücken

E-Mail: info@ikk-sw.de

Telefon: 06 81/38 76-1000

Fax: 06 81/38 76-2799

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Prof. Dr. Jörg Loth (Vorsitzender), Daniel Schilling

Vorsitzende des Verwaltungsrates:

Rainer Lunk, Ralf Reinstädler

Redaktionsverantwortung:

Beate Spang

Redaktion:

Mathias Gessner, Franziska Knoll

Gestaltung:

FBO • Marketing und Digitales Business | www.fbo.de

Redaktionsvermerk:

Die gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen. Auf eine Mehrfachbezeichnung wurde zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.